

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage), Verantwortlicher Redakteur für den Teil Ostalbes und Provinziales Berlin, Dieselhor, für die Merseburger Teil Rudolf Kohns, Halle, für den übrigen Ostteil Otto Hoffmann, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2.70 M. ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: Die 7te Spalte 20 Pfennig, 8te Spalte 25 Pfennig, im Restamtteil je Zeile 7 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernspr. 5407. — Setzungsanstalt Seite 411.

Nr. 260.

Halle, Freitag den 8. November 1918.

2. Jahrgang.

## Die Forderungen der Sozialdemokratie Erhöhung der Brotration

am 1. Dezember.

Die Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei hat gestern noch einmal die Gesamtlage besprochen und Ebert und Scheidemann beauftragt, dem Kaiser folgendes zu erklären: die sozialdemokratische Partei fordert, daß

1. die Versammlungsverbote aufgehoben werden,
2. Polizei und Militär zu äußerster Zurückhaltung angehalten werden,
3. daß die preussische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgestaltet wird,
4. daß der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung vergrößert wird,
5. daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis morgen mittag bewirkt werden.

Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus. Gleichzeitig ergeht eine neue Mahnung an die Arbeiter zur Beharrlichkeit. Weitere Nachrichten sollen bis heute nachmittag abgewartet werden.

Dies Ultimatum der sozialdemokratischen Partei wurde gestern nachmittag kurz nach 5 Uhr dem Reichskanzler Prinz Max zugestellt.

### Der Kaiser will nicht abdanken.

Der preussische Minister des Innern Dr. Drems hat dem Kaiser über die Scheidemannsche Forderung nach Abdankung des Kaisers Bericht erstattet. Bei seiner Rückkehr aus dem Hauptquartier teilte Dr. Drems mit, daß seine Mission erfolglos geblieben sei. Scheidemann hatte das Verhalten seiner Partei damit begründet, daß wenn Kaiser Wilhelm nicht abdankt, die Unabhängigen Sozialdemokraten die Verantwortung für die Durchführung der Revolution übernehmen wollen. Die Regierungssocialisten würden dann gezwungen sein, Schulter an Schulter mit den Unabhängigen Sozialisten zu kämpfen. Der Kaiser erklärte, daß er mit Rücksicht auf die jetzige verworrene Lage freiwillig unter keinen Umständen seinen Platz verlassen werde. Er könne Deutschland im Augenblick des Friedensschlusses unmöglich der Entente ausliefern. Seine Abdankung würde eine völlige Anarchie und ein Leberanstrengen der bürgerlichen Klassen zur Folge haben. Für solche furchtbaren Zustände wolle er nicht die Verantwortung übernehmen und deshalb im gegenwärtigen Augenblick nicht abdanken.

Aus Berlin wird weiter geschrieben: Wenn im Falle der Nichtabdankung des Kaisers das Ende der gegenwärtigen Volksregierung eintritt, so besteht in maßgebenden politischen Kreisen kein Zweifel mehr darüber, daß die zur Zeit im Amt befindliche Regierung durch die sozialdemokratische Regierung abgelöst werden würde. Ob diese Regierung sich lediglich aus Mitgliedern der Reichstagsmajorität zusammensetzen würde, oder ob auch Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokraten zu ihr gehören würden, läßt sich jetzt noch nicht voraussagen.

Die freisinnige Volkspartei fordert Thronverzicht. Die Frankfurter Zeitung meldet: Die Nachricht, es hätten bei den Kabinettsberatungen über die Kaiserliche die sozialdemokratischen Staatssekretäre allein gestanden, entspricht durchaus nicht den Tatsachen. Es haben, wie wir authentisch zu wissen glauben, auch die aus der Fort-

schriftlichen Volkspartei entnommenen Staatssekretäre die Notwendigkeit des Thronverzichts entschieden bejaht, und es haben, was für die Situation kennzeichnend ist, auch mehrere der wichtigsten beamteten Mitglieder der Nationalliberalen sich bei diesen Erörterungen der Forderung des Thronverzichts nicht angeschlossen. Ob sie auch heute noch die Notwendigkeit verneinen werden, wissen wir nicht.

Hiermit, so schreibt das Blatt weiter, eröffnen sich un-ausdenkbare Perspektiven. Es ist ein Verhängnis, daß der Kaiser heute noch die Kronerträge. Entschuldigend wäre es, wenn er auch jetzt noch einräumte, daß er sich niederlegen muß, wenn Deutschland eines Mannes wegen nicht völlig zugrunde gerichtet werden soll.

Nachdem der interfraktionelle Ausschuss sich bereits gestern vormittag vornehmlich mit den Fragen der Reform Breußens beschäftigt hatte und zu dem Entschluß gekommen war, sie so schnell und durchgreifend wie möglich herbeizuführen, wurde auf gestern abend 6 Uhr eine neue Sitzung des interfraktionellen Ausschusses unter Singulierung führender Parlamentarier aus den Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses anberaumt, um diesen Entschluß in die Tat umzusetzen.

Der fortschrittliche Reichs- und Landtagsabgeordnete Dießing, der jetzt zum württembergischen Ministerpräsidenten ernannt worden ist, ist in Berlin eingetroffen. Er begibt sich in der Nacht nach Stuttgart zurück, um die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Die fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten aus Merseburg, Wendorf und Siekowitz, haben sich gestern im Automobil nach Schwerin begeben, um dort wichtige Verhandlungen anzuknüpfen. Sie werden heute vom Großherzog empfangen werden, dem sie ein Beglaubigungsschreiben des Staatssekretärs Trimborn überbringen, das sie als Vertreter der Reichsregierung ausweist.

Nach Hamburg sind außer den Reichstagsabgeordneten Stolten (Soz.) und Lund (Fortf. Volksp.) auch die Abgeordneten Stubbe (Soz.) und Schumann von der Generalkommission der Gewerkschaften abgefahren. Ihnen folgte Reichstagsabgeordneter Dr. Duca (Soz.) folgen, welche mittels Flugzeugen, um recht früh an Ort und Stelle zu sein.

Die Reichsbank steht noch in regelmäßiger Verbindung mit den Reichsbankstellen in Hamburg und Kiel. Weder auf die Reichsbankstellen noch auf irgendwelche Privatbanken ist ein Angriff erfolgt.

Die Waffenstillhandelskommission sollte gestern im Großen Hauptquartier eintriften. Die Mitglieder der Friedenskommission sind noch nicht bestimmt; es werden aber eine Anzahl Sozialdemokraten u. a. Unterstaatssekretär Dr. David angehören.

Die Bundesratsverordnung über die Demobilisierung ist vom Bundesrate angenommen worden und wird in kurzer Zeit veröffentlicht werden.

Die Bundesratsverordnung, die die Entschädigung der Arbeiter regelt, die in kriegswichtigen Werksbetrieben der Rüstungs- und Nahrungsmittelindustrie beschäftigt sind, wird vorläufig bis zum 31. März 1919 verlängert.

## In München wurde die Republik Bayern ausgerufen!

München, 8. November. Im Anschluß an die getragene Massenversammlung auf der Theresienwiese kam es in München zur Ausrufung der Republik Bayern. In der Nacht zum heutigen Tage bildete sich ein Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern, zu dessen Vorsitzenden Kurt Eisner ernannt wurde. Dieser Rat erließ an die Bevölkerung Münchens einen Aufruf.

München, 8. November. Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern erließ folgende Deklamation: Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit arbeiten wir heute an das gesamte Polizei- und Sicherheitspersonal im Auftrag und unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldaten-

rates. Den Anordnungen dieser Organe ist unbedingt Folge zu leisten.

München, 8. November. Erklärung des Münchener Polizeipräsidenten:

Ich verpflichte mich, bei der Ausübung des Sicherheitsdienstes den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates München Folge zu leisten. Sofern ich dieser Verpflichtung nicht nachkommen kann, muß ich mir das Recht des Rücktritts vorbehalten.

München, 8. November 1918, morgens 1 Uhr.

Königlicher Polizeipräsident: gez. von Bedt.

Das Kriegsernährungsamt hat gestern folgendes bekanntgegeben:

Seit vier Jahren hat das deutsche Volk die Kisten und Entbehrungen des Krieges mit wunderbarer Standhaftigkeit getragen. Jetzt steht der Friede und die Aufhebung der Hungerblockade in naher Aussicht. Damit wird auch eine Entspannung der Ernährungslage eintreten. Am 1. Dezember wird die Brotration erhöht werden. Andere Erleichterungen werden allmählich folgen. Voraussetzung dafür, was überhaupt für die weitere Versorgung der Bevölkerung ist die unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung. Jede Störung vermindert die regelmäßige Lebensmittelzufuhr und bedroht die Großstädte und Industrieregionen mit unagbarem Elend. Wir wenden uns an das gesamte deutsche Volk, diese schwereren Gefahren abzuwenden.

Berlin, 7. November.

Staatssekretär und Vorstand des Kriegsernährungsamts.

## Ein neuer Aufruf des Reichskanzlers.

Berlin, 7. November. Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf:

### An die Deutschen im Auslande!

In diesen schweren Tagen wird manchem von Euch bekannt sein, die außerhalb der Grenzen des deutschen Vaterlandes von Spott und Hohn umgeben sind, daß Herz schwer weht.

### Verweilt nicht am deutschen Volke!

Unsere Soldaten haben bis zuletzt so heldenhaft gekämpft, wie nur je ein Völkchen hat. Die Heimat hat eine unerhörte Kraft des Lebens und Aushaltens bewiesen.

Im fünften Jahre von seinem Bundesgenossen verlassen, konnte das deutsche Volk den Kampf gegen die wachsende Übermacht nicht mehr weiterführen.

Der Sieg, auf den viele hofften, ist nicht unser geworden, aber einen größeren Sieg hat das deutsche Volk erlitten, denn es hat sich selbst und seine Gläubigen an das Recht der Wahrheit befestigt. Aus diesem Sieg werden wir für die schwere Zeit, die uns bevorsteht, neue Kräfte schöpfen, auf die auch Ihr bauen könnt.

Denn von Euch, die während der harten Kriegsjahre für ihr deutsches Vaterland gekämpft und gelitten haben, wird auch das neue Deutschland seinen Dank nicht schuldig bleiben. Soweit es in der Macht der deutschen Regierung und des deutschen Volkes steht, die Leiden dieses Krieges und ihre Folgen zu lindern, wird ihre Fürsorge ebenso den Deutschen im Auslande wie den Deutschen der engeren Heimat zuteil werden.

Der Reichskanzler.  
Max Prinz von Baden.

## Prinz Heinrich auf der Flucht!

Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung berichtet: Prinz Heinrich ist mit einem Chauffeur in einem Automobil mit roter Flagge geflohen. Er trug eine rote Wunde am Arm. Auf dem Wege nach Kiel traf er ein Automobil mit Matrosen, die einen Barren hatten. Er hat mit den Matrosen gesprochen und ihnen erklärt, daß das, was sie in den letzten 48 Stunden passiert ist, ihnen teuer zu stehen kommen würde. Daraufhin haben drei Matrosen gebeden, auf den Triebwerk seines Automobils mitfahren zu dürfen. Der Prinz hat das gestattet. Nachdem das Automobil in Bewegung war, wurde auf die Matrosen aus dem Automobil geschossen. Einer der Matrosen wurde ins Herz getroffen und fiel tödlich aus dem Automobil. Daraufhin haben die zurückgebliebenen Matrosen zehn Gewehrschüsse dem Automobil nachgeschandt. Ob jemand getroffen ist, ist nicht bekannt.

## Funkspruchverkehr mit Foch.

Die deutsche Heeresleitung richtete auf Anordnung der Regierung einen Funkpruch an Marschall Foch, wonach die deutschen Bevollmächtigten um Mitteilung bitten, wo sie mit Marschall Foch zusammenzutreffen können. Der Funkpruch fügt hinzu, die deutsche Regierung würde es im Interesse der Menschlichkeit begrüßen, wenn mit dem Eintreffen der deutschen Delegation an der Front der Alliierten vorläufige Waffenruhe eintreten könnte. Der Funkpruch ist zu Fochs Befehl: Wenn die Bevollmächtigten mit dem Marschall wegen des Besprechungsansatzes zusammenzutreffen wollen, mögen sie sich bei den französischen Postexpeditionen an der Straße Chimou-Bourmes-Gapelle-Cuisse einfinden, von wo sie an den Ort der Zusammenkunft geleitet werden sollen.

# Die sozialdemokratische Partei ermahnt die Arbeiter zur Besonnenheit.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei richtet einen Aufruf an die Arbeiter, in dem es heißt:  
„Das kriegsbedingte Vorkommen geht zu Ende, es kann kein Gebot geben sein, es noch weiter fortzuführen. Der Krieg ist ein Verbrechen, er stellt die Arbeiterklasse vor die schwersten politischen und wirtschaftlichen Aufgaben. Politisch wird es sich darum handeln, die errungenen

**Demokratischen Freiheiten zu sichern** und auszubauen. Diejenigen, die durch ihre unheilvolle Politik das Glück unseres Volkes verstoßen haben, müssen von ihren Plätzen verschwinden. Die dazu nötigen Schritte sind einzuleiten, sie sollen vor keiner Partei haltmachen, so hoch sie auch gestellt sein möge. Wirtschaftlich handelt es sich darum,

**die Volksernährung sicherzustellen** und den Übergang zur Friedenswirtschaft so zu vollziehen, daß niemand verhungert. Dazu ist die sorgfältigste Organisation der Arbeitsvermittlung und der Ausarbeitung einer rationellen Führung der Arbeitslosen notwendig. Diese Aufgaben können aber ummöglich gelöst werden, wenn alles drunter und drüber geht.

Entstehen Unruhen, so wird die jetzt schon unzureichende **Volksernährung ganz ins Stocken geraten**, die arbeitende Bevölkerung wird dem Hungerode ausgeliefert sein, während die Besitzenden sich immer noch zu helfen wissen werden. Das

ist auch in Rußland so geschehen, und selbst die Gewaltmethoden des Bolschewismus haben daran nichts zu ändern vermocht.

Entstehen Unruhen, so werden unter **zahlreichen Betrieben die Arbeiter entlassen**, und es wird nicht möglich sein, das ungeheure Heer der Arbeitslosen zu ernähren. Die die wirtschaftlichen Interessen aus dem Jahre nach seine Arbeit zu finden, und sie werden sich auf eigene Faust zu helfen versuchen, wo sie können. Das wird zu neuen inneren Kämpfen führen geben, die weiters unabsehbares Leid im Gefolge haben werden.

Unsere Ziele verlieren wir nicht aus dem Auge, von unseren Forderungen geben wir nichts preis! Aber die Mittel wollen wir, so lange das nur irgend möglich ist, so wählen, daß die Arbeiterklasse dabei nicht ins eigene Ziel hineinschießt. Folgt nicht den Forderungen kleiner Gruppen und unbedenkter Drängerei. Wenn die Arbeiter doch und fertig lassen oder sich gar gegenseitig zerfleischen, so kann daraus kein Glück, sondern

**nur namenloses Unglück entstehen.** Es geht um euch und eure Kinder! Darum noch einmal: **Wahrt die Einigkeit, die Besonnenheit, die Disziplin der Organisation.** Keine ruffischen Zustände, sondern das Ganze geschlossen vorwärts zu den Zielen der Demokratie und des Sozialismus!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

## Der Krieg im Westen. Der deutsche Abendbericht. Berlin, 7. November, abends. (Amtlich). An der Westfront ruhiger Tag.

### Bereits Waffenruhe?

Saaß, 7. November. Seit 24 Stunden ruht der Kampf am Kanal Selzig bis nach Gent. Das Artilleriefeuer sowie jede andere militärische Tätigkeit auf der linken Flanke der Armee der Alliierten hat aufgehört.

### Niederlage und Fortschritt.

Es schon das ganze neunzehnte Jahrhundert hindurch hat die kriegerische Niederlage eines Volkes sofort und unmittelbar zu innerpolitischen Fortschritten geführt. Diesem Gesetz hat sich kein Volk entzogen. Jena brachte Preußen die Stein-Hardenbergschen Reformen, Königgrätz den Ungarn die staatliche Unabhängigkeit und Österreich, Sedan den Franzosen die Republik, der schlagende Verlust des Baltikums den Russen die Abgabe der Selbstbestimmung, Tientsin den Chinesen die Revolution von 1905 und die Duma, und Lützenberg ist das eigentliche Anfangsstadium der bolschewistischen Revolution.

Nur ein Narr kann sich einbilden, daß nicht auch Deutschlands Niederlage im Kriege große innerpolitische Umwälzungen herbeiführen muß. Unter Untertanen im Krieg ist nicht totalitropal gekommen, mit dem Verlust einer einzigen großen Schlacht und der Auflösung der Front, sondern allmählich durch die Unmöglichkeit des Sieges, durch den Druck der englischen Auszubereitungen, die mit jedem Kriegsmoment tiefer treibende Kriegsmöglichkeit der Soldaten und breiter in der Heimat und durch den Abfall der Bundesgenossen. Als keine Aussicht mehr bestand, auch nur die Weiterdauer auf die Dauer mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen, wurde auch die innerpolitischen Wirkungen der Niederlage klar freigelegt.

Was sonnenklar die Entrüstungsgelächter, daß die Sozialdemokratie immer ungeliebter fordere und immer engherziger auftritt, ändert nichts daran, daß es die Tatsachen selbst sind, die vorwärts treiben. Und diese Wirkung ist schließlich noch ein gewisser Trost für die schwersten wirtschaftlichen Schäden, an denen wir lange nachwirkend nicht nur infolge des Krieges, sondern gerade wegen unseres Befehlsganges schwer zu schließen haben werden.

Werden die innerpolitischen Fortschritte, welche die Niederlage unausweichlich nach sich ziehen wird, rechtzeitig vorgenommen, dann kann alles im Frieden ohne schwere Konflikte im Innern abgehen. Andernfalls wird auch hier durch etwas gewalttätige Mittel nachgeholfen werden.

Die sozialdemokratische Partei hat keinen Augenblick lang einen Zweifel daran gelassen, daß sie die bolschewistischen Gewaltmethoden verwirft. Noch heute hat sie ein Flugblatt verbreitet, in dem es heißt: „Verwahrung und Auflösung der Ordnung bedeutet Hungersnot! Bedenkt das vor allem auch Ihr Frauen! ... Große Erfolge sind erreicht, weitere sind gesichert. Unter Ziel ist Sicherung des Friedens und friedliche Umwälzung zu Demokratie und Sozialismus. Best Euch von diesem Weg der sozialdemokratischen Taktik nicht abdrängen!“

Die grundsätzliche Richtung der sozialdemokratischen Politik ist also lomonarkisch. Aber das Bekenntnis zur Methode der friedlichen Reform kann nicht ausbleiben, daß, wenn Stillstand eintritt und die Widerstände gegen den notwendigen Fortschritt sich verfestigen, auch durch Ausschlag des Volkes kräftig nachgeholfen wird. Ruhe und Ordnung will die Sozialdemokratie erhalten. Ruhe und Ordnung sind notwendig, um das Volk vor Bürgerkrieg und Hunger zu bewahren. Aber Ruhe und Ordnung lassen sich nur dann aufrecht erhalten, wenn die notwendigen Forderungen aus der Niederlage innern genug gezogen werden. Nicht Ruhe und Ordnung um jeden Preis, sondern die Ruhe und Ordnung in der sich der Fortschritt vollzieht. Diese beiden die Zeichen der Zeit nicht erkennen, sich dem Fortschritt in den Weg stellen oder schleichend hinter der führenden Front einerschleichen. Das Volk will weichen nach dem bitteren Verlust des Krieges im Innern frei sein, unumkehrbar frei. Wer ihm dabei in den Weg tritt, verdrückt eine wachsende Erregung des Volkes und alles, was daraus hervorgehen kann.

### Der Adjutant Mackensens in Budapest eingetroffen.

Der Generaladjutant des Generalmarschalls Mackensens, Graf Quab, ist gestern nachmittag aus Budapest in Budapest eingetroffen. Er beug sich in Begleitung des Generalmajors Grafen Fürstberg zum Ministerpräsidenten Károlyi, mit dem er über den Durchmarsch der in Rumänien befindlichen vier deutschen Divisionen durch Ungarn verhandelt.

### Die heimgeschickte russische Botschaft.

Der Vohauer Generalaufseher erklärte am Dienstag, an dem Tage, an dem Herr Joseff angefahren wurde, seinen Koffer so packen:  
„Wer die Verhältnisse einigermaßen kennt, weiß, wie hitzoverbrennt diese Anschuldigungen sind (daß die russische Botschaft revolutionäre Propaganda fördert). Es ist kaum eine größere diplomatische Korrektheit denkbar, als die der russischen Botschaft. Mit anglophober Sorgfalt wird alles vernichtet, was den Verdacht erwecken könnte, als verweise die Verbreitung der russischen Botschaft revolutionäre Bewegungen in Deutschland zu unterstützen.“

Die Leipziger Volkspostung schließt das Treiben der russischen Botschaft natürlich wieder gegen die — Bolschewegung aus. Sie macht kurzen Prozeß und behauptet, daß nicht die Russen die bolschewistischen Flugblätter unter Verletzung des Botschaftsimmunitäts, sondern daß die Polizei die Flugblätter in die russische Kurierkiste hineinschmuggelt hätte.

### Die Bayern in Tirol.

München, 7. November. Von München kamen Nachrichten, daß am Samstag unter dem b. v. R. gemeldet: Das höchste Kriegsministerium hat dem Tiroler Nationalrat mitgeteilt: Die Waffenstillstandsbedingungen zwischen Österreich-Ungarn und der Entente zwingen uns, zur Sicherung unserer Nachbarstaaten Truppen nach Tirol zu schicken. Gleichzeitig sollen diese Truppen mitnehmen, den Abfall der aufgelassenen Teile des österreichischen Heeres nach Osten zu ordnen und das Land vor Aufständischen zu schützen. Unsere Schützen überzogen am Mittwoch die Grenze. Stärkere Kräfte folgen. Der Aufruf betont: Die Bayern kommen als Freunde. Falls ihnen Hilfsmittel entgegengebracht würden, werden die Truppen sich mit Waffengewalt den Weg bahnen. Unterzeichnet ist die Mitteilung von General Krafft von Dellmensingen. Die Bayern wollen angeblich den Brennerpass während des Winters halten.



Zum Einmarsch bayerischer Truppen in Tirol teilt man am zuständigen Stelle mit: Es handelt sich beim Einmarsch deutscher Truppenkontingente lediglich um eine ganz vorübergehende Maßnahme zu dem Zweck, die deutsche Westgrenze, insbesondere die bayerische Grenze gegen die in Auflösung und teilweise ungelöst gebliebenen österreichischen Truppenteile zu sichern. Den deutschen Truppenteilen ist strengste Weisung erteilt worden, die Demobilisation der österreichischen Truppen in keiner Weise aufzuhalten. Deutscherseits wird größtes Gewicht darauf gelegt, jeden Konflikt mit peinlichster Sorgfalt zu vermeiden.

### Die Unruhen an der Wasserkante.

Amtlich wird aus Berlin unter dem 7. November gemeldet: Die Unruhen haben sich auf einige weitere Orte ausgedehnt. In Bremen wurden auf dem Marktplatz von einem unabhängigen Sozialisten, der vor wenigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen worden

war, und von einigen Militärpersonen Neben gehalten, die zur Bildung einer josschäftigen Besatzung aus Arbeiter- und Soldatenbeständen aufzurufen. Der Bestehen von Militärgefangenen ist sich die Definition auf der Hölle möglich. In den großen Werken ist alles ruhig, auf den Straßen herrscht Ordnung. Zwischenfälle sind bisher nicht gemeldet. Für den Abend wurde in einer Verammlung ein Bescheid als vorher erwartet. In einer Sitzung der Bürgerwehr wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Entlassung des gegenwärtigen Wehrführers zur Erörterung. Der Senat hat sich seine Entscheidung vorbehalten haben.

Aus Hamburg wird gemeldet: Das Zentralbüro des Arbeiter- und Soldatenrates teilte folgendes mit: Sämtliche Kinngebäude und militärischen Gebäude sind besetzt, die Nahrungsmittelmagazine werden besetzt, Händwerker werden mit sofortiger Entlassung befreit.

Zur Zeit finden Verhandlungen mit dem Senat statt. Der Augustvertrag ist bis auf zwei Punkte eingeleitet, Post- und Zeitungswesen waren bis zur Stunde nicht besetzt. Die Leitung der Bewegung erließ einen Aufruf an die Bevölkerung, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Nach vorliegenden Nachrichten ist dies indes nicht gelungen. Es hat Auseinandersetzungen gegeben. Kleinere Truppenteile, die sich vertrieben, wurden durch die Wachen der Kinngebäude gesammelt. Gezwungen waren, Besetzung zu leisten. Ein weiterer Grund der Stadt sind Verhandlungen und wurde vorgenommen. Unter anderem beantragten Kinngebäude in eine Wohnung der Einkommensteuer, aus der der herangezogene Soldaten besetzt sein sollte, und lösten zwei Frauen aus angeblich Schuldigen, indem sie ihnen die Rolle durchschmitten. Wahrscheinlich werden alle Theater und Restaurants mit 10. November an geschlossen. Die ganze Nacht vom 6. zum 7. November fielen in verschiedenen Gegenden der Stadt vereinzelte Schüsse.

Das Hamburger Echo, das sich als Organ der Unabhängigen unter dem Titel Die rote Fahne erhebt, veröffentlicht folgende, Bestimmung an die Bevölkerung Hamburgs und Altonas:

Alle Zivilpersonen müssen von heute (7. November) an um 6 Uhr abends von der Straße sein. Jede Zivilperson, die sich in der Zeit von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens auf der Straße aufhält, wird erschossen.

In Guxhagen ist es zu neuen erneuten Unruhen oder Ausschreitungen gekommen. In Kiel ist der Stadtkommandant Kapitän zur See Heine in der Nacht vom 6. zum 7. November von einer Patrouille, die Besetz hatte, ihm anzuhalten, erschossen worden, da er sich angeblich diesem Befehl widersetzen wollte.

Schwerin, 7. November. Hier spielten sich ähnliche Vorgänge wie in Kiel, Lübeck, Hamburg, Guxhagen und Tilsit ab. Die Soldaten haben sich für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit Sorge getragen.

### Tobende Bankrotteure.

Mit einer Dreifachheit, die ihresgleichen sucht, verucht die Deutsche Tageszeitung die Schuld an dem Zusammenbruch der seit einem Monat im Amt befindlichen Volkregierung aufzubauhen.

Die Sozialdemokratie ist es nach Behauptung der Deutschen Tageszeitung gewesen, die durch ihre Politik erst das Zerfallen unserer Bundesgenossen und schließlich die Moral des deutschen Volkes selber erschüttert habe. O nein, die Politik des 4. August hat dafür gesorgt, daß niemand die Schuld an Deutschlands Zusammenbruch auf die Sozialdemokratie schieben kann. Wir wissen ganz genau, warum uns noch in letzter Zeit die Konventionen geradezu herausfordernd wohl gereizt haben, die Kriegskredite abzulehnen. Das wäre dann ein bequemer Rettungsanker für sie gewesen. Das gerade ist das von den Unabhängigen stets verkante Verdienst der Sozialdemokratie, daß sie, indem sie bis zum letzten Augenblick die Niederlage Deutschlands aufzuhalten suchte, die Schuld des bankrotten Völkern der Feindverherrlichung in der denkbar größten Stärke enthielt hat. Diese Schuld müssen jetzt selbst einschichtige Konventionen wie bei freiherrlicher Barockzeitung ausgetrieben, der auf eine Eröffnungsfest in Lissa offen bekannet: Wann die Polen in Breußen zum bolschewistischen Reich wollten, so ließ sich das noch verheißt. Wenn aber die reindeutschen Eliten die Stunde befehligen, so bedeutet das eine fürchterliche Vorklage gegen das bisherige System.

Auch jetzt noch erscheint es der Deutschen Tageszeitung wichtig, die Verlor des Kaisers aus dem Zusammenbruch zu reiten als das Volk; sie wagt es, von einer „erlösen Preisgabe des Kaisers“ zu reden. Ihr diene zur Antwort, was ein Frontoffizier in der Bolschewischen Zeitung schreibt. Er meint von seinem Offiziersstandpunkt und den Traditionen des Offiziersstandes aus: „Es ist ruhmvoll und ehrenhaft, sich mit seinem Leib vor seinen Kaiser und Herr zu werfen. Allein es wäre frevel, wenn dadurch die rubige Entwidlung eines 70-Millionen-Volkes aufgehalten würde.“ Dieser Gesichtspunkt muß heute jedem mitgebend sein, dem es um das deutsche Volk zu tun ist.

## Politische Uebersicht. Deutsches Reich.

### Die Bremer Bürgerchaft

hat in ihrer Sitzung am Mittwoch die Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts für Männer beschlossen. Angenommen wurde ferner ein Antrag auf Befreiung der Arbeiter von der Verfassungsbekanntmachung. Abgelehnt wurde das sozialdemokratische seit beantragte Frauenwahlrecht. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag auf gründliche Umgestaltung des Senatswahlrechts (dreijährige Amtsdauer für die Senatoren) und Abschaffung der Bürgerdelegierten.

### Die thüringische Einheitsrepublik.

Die Sozialdemokraten Thüringens betrachten als einen Hauptpunkt der notwendigen demokratischen Reform die Abkündigung der föderal thüringischen Dreierregierung und die Schaffung eines Einheitsstaats zu dem die Bürger fürchten schon 1848 bereit erklärt hatten. Thüringen müsse ein einheitliches deutsches Bundesland mit repräsentativer Verfassung werden.

Es ist insbesondere Genosse Reichstagsabgeordneter Arthur Hofmann-Saalfeld, der diese Forderung aufgestellt und vertreten hat, und es ist charakteristisch, daß die unabhängigen Blätter seine Forderung nachdrücken.

### Rücktritt des weimarer Ministeriums.

Das gesamte weimarer Staatsministerium ist zurückgetreten. Der Großherzog hat die Demission angenommen. Das Ministerium führt die Geschäfte bis zu den Neuwahlen weiter. Dann wird ein Ministerium aus der Volksvertretung geschaffen werden.

### Ungarn.

Der Justizminister steht sämtliche während des Krieges erschienenen Beratungen über die Pressefreiheit sowie die Verbote einzelner und ausländischer Blätter außer Kraft.



